

B Der französische Diskurs zum Maastricht-Referendum (1992)

(Bernhard Stahl)

Einleitung

Im Folgenden wird die französische Debatte um die Ratifizierung der Verträge zur Europäischen Union (Maastrichter Verträge) zwischen Mai und September 1992 näher betrachtet. Die Analyse des französischen Diskurses über die Ratifizierung der Maastrichter Verträge soll zeigen, wie der Konflikt widerstreitender Identitätselemente argumentativ verarbeitet und entschieden wurde. Hierzu eignet sich die Ratifizierungsdebatte schon deshalb besonders gut, weil die öffentliche Diskussion leidenschaftlich geführt wurde und die gesamte Gesellschaft erfasste (La Serre und Lequesne 1993: 315). Nach übereinstimmender Beurteilung der Beobachter handelte es sich um die wichtigste und heftigste politische Debatte seit der Auseinandersetzung um die EVG; an ihr haben sich alle wichtigen Diskursträger aktiv beteiligt.³⁹⁶

Nachdem im Folgenden zunächst der Kontext der Debatte skizziert wird, stelle ich die Diskursstruktur und den verfassungsgemäßen Verlauf kurz dar. Im Anschluss erfolgt die eigentliche Analyse der Argumentationsmuster und Identitätselemente, bevor einige Bemerkungen zur Diskurshegemonie die Arbeit abrunden.

Die Maastrichter Verträge sind im Ganzen gut erforscht, doch der Fokus der Arbeiten liegt in der Regel auf den internationalen Verhandlungen, den Positionen der Mitgliedstaaten und den Entscheidungsabläufen (bspw. Dinan 1994; Laursen und Vanhoonacker 1992; Moravcsik 1998). In Bezug auf Frankreich liegen neben dem exzellenten Werk von Mazzucelli (1997) über Deutschland und Frankreich im Vergleich vor allem Studien in Aufsatzform vor, die sich mit dem Ablauf sowie mit den Umständen der Debatte im Kontext der Innenpolitik befassen (Stone 1993; Appleton 1992; Buffotot 1993; Criddle 1993). Diskursstudien sind selten, eine der wenigen Ausnahmen in Bezug auf Maastricht liefern Jung (1999) und Höhne (1992), allgemein sind die Beiträge von (Larsen 1997) und (Holm 1997) bemerkenswert. Arbeiten, die wie im Falle der EVG die wichtigsten Argumentationsmuster herausarbeiten, liegen bislang nicht vor.

³⁹⁶ Noch expliziter macht das Kassim, wenn er argumentiert, dass das Referendum eine ‚Krise der französischen Identität‘ auslöste: Kassim 1997: 168.

Diskurskontext

Am 11. Dezember 1991 einigten sich die Staats- und Regierungschefs in Maastricht nach harten Verhandlungen auf die bis dahin weitreichendste Reform der Europäischen Gemeinschaften: Die Politikfelder der neu geschaffenen Europäischen Union wurden ausgeweitet, das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen bestätigt und die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments gestärkt. Zudem wurde die Integration durch die Einführung einer Unionsbürgerschaft und den Beschluss, eine gemeinsame Währung einzuführen bekräftigt. Nachdem die Außenminister am 7.2.1992 den Vertrag unterschrieben hatten, begann das Ratifikationsverfahren in allen Mitgliedstaaten, das Anfang 1993 abgeschlossen sein sollte. Das dänische Volk lehnte jedoch am 2.6.1992 den Vertrag ab und auch Premierminister Major verschob immer wieder die letzte entscheidende Lesung des Unterhauses. In Irland entschieden die Bürger per Referendum deutlich, in Frankreich mit knapper Mehrheit für den Vertrag. In Deutschland wurde nach Einsprüchen der Länder das Grundgesetz geändert und das Verfassungsgericht nach der Vereinbarkeit des Vertrages zur Europäischen Union (EUV) mit dem Grundgesetz befragt. Erst nachdem Dänemark in Edinburgh Ausnahmeregelungen zugestanden und diese in einer erneuten Volksentscheidung angenommen wurden, stimmte auch das Vereinigte Königreich zu.³⁹⁷ Nachdem auch das BVerfG das Vertragswerk im Ganzen gebilligt hatte, konnte der Vertrag über die Europäische Union im November 1993 in Kraft treten.

Diskursstruktur und -verlauf

In Frankreich leitete Staatspräsident Mitterrand nach der Signatur des Vertrages im Februar denselben am 11.3. dem *Conseil Constitutionnel* zu. Der Rat hat laut Art. 54 der Verfassung die Aufgabe, die Verfassungskonformität von internationalen Verträgen zu prüfen. Der Verfassungsrat machte am 9.4. die Auflage, die Verfassung in zwei Punkten zu ändern (Stone 1993: 71ff).³⁹⁸ Zum einen betraf dies die Unionsbürgerschaft mit dem Recht für Bürger aus anderen EU-Staaten, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Zum anderen ging es um die Abgabe von Souveränitätsrechten in der Geld- und Währungspolitik an die EU. Der *Conseil* ließ indes offen, wie die Änderung konkret auszusehen habe. Die Regierung entschied sich dafür, die existierenden Verfassungsartikel nicht zu ändern, sondern ein neues Kapitel die Europäische Union betreffend einzufügen. Danach hatte Staatspräsident Mitterrand zwei Möglichkeiten: Er konnte den ‚normalen Weg‘ verfolgen: Beide Kammern hätten den geänderten Verfassungstext abzusegnen, bevor dann entweder das Volk darüber befundet oder ein Verfassungskongress (beide Kammern tagen zusammen) die endgültige formale Zustimmung ausspricht. Der Verfassungspraxis folgend hätte sich jedoch auch

³⁹⁷ Vgl. dazu den Beitrag von Anna Jóhannesdóttir zu Dänemark in diesem Band.

³⁹⁸ Dies wurde von vielen Beobachtern begrüßt, fand damit doch endlich Europa Eingang in die französische Verfassung (Kolboom 1993: 14).

der von de Gaulle zweimal genutzte Weg angeboten, das Parlament im Ganzen zu umgehen und den veränderten Verfassungstext direkt dem Volk zur Entscheidung vorzulegen. Nachdem die Verfassung geändert war, bedurfte es dann der eigentlichen Ratifikation entweder durch Parlamentsbeschluss oder Referendum. Mitterrand entschied sich für erstere Variante, und so wurde die geänderte Fassung den beiden Parlamentskammern vorgelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt erwartete niemand ernsthafte Schwierigkeiten für die Ratifikation (Stone 1993: 75).

Die erste Debatte fand in der *Assemblée Nationale* statt (5.-12. Mai), die zweite im *Sénat* vom 2.-17. Juni. In beiden waren die Unionsbürgerschaft und das Thema der Souveränitätsabgabe das große Thema. Die Zustimmung im Senat stellte die größere Hürde dar, da die Oppositionsparteien hier in der Mehrheit waren. Die Regierung verhandelte geschickt, indem sie sich Änderungen des Vertragsentwurfs noch vorbehielt und willigte schließlich ein, dass weitere vier Ergänzungen in den Text eingefügt wurden (Appleton 1992: 3). Die heikle Frage der Wahlberechtigung von Unionsbürgern für Kommunalwahlen sollte durch eine spätere *loi organique*³⁹⁹ geregelt werden. Eine deutliche Mehrheit in der Nationalversammlung votierte schließlich für den Vertrag (377: 93 bei 72 Enthaltungen). Als das Votum der dänischen Bürger bekannt wurde, griffen französische Intellektuelle in die Debatte ein und thematisierten die europäische Integration als solche (Mazzucelli 1997: 214). Im Senat suchte die bürgerliche Mehrheit zunächst eine weitere Behandlung der Verfassungsänderung zu verschieben. Mitterrand wies die Regierung an, den Prozess weiter zu führen und kündigte ein Referendum an (Stone 1993: 79). Der Senat stimmte schließlich mit 398 für und 77 gegen den Vertrag bei 99 Enthaltungen vor allem des gaullistischen RPR. Der anschließend tagende Kongress beider Kammern in Versailles billigte gleichfalls am 23.6.1992 die Vorlage mit 592 zu 73 Stimmen (14 Enthaltungen).⁴⁰⁰ So konnte die *loi constitutionnelle* am 25.6.1992 in Kraft treten. Gegen das Ratifikationsverfahren legten 60 Senatoren Beschwerde beim Verfassungsrat ein (13.8.1992), der jedoch am 2. September feststellte, der Vertrag von Maastricht stehe nunmehr nicht mehr im Widerspruch zur französischen Verfassung.

Am 3. Juni hatte Präsident Mitterrand angekündigt, die Maastrichter Verträge – genauer das Ratifikations-, nicht aber das Verfassungsänderungsgesetz – einem Referendum zu unterwerfen und öffnete damit den Diskurs.⁴⁰¹ Nach den Debatten im Parlament fand die Auseinandersetzung zwischen Juni und

³⁹⁹ *Loi organiques* sind verfassungsändernde Gesetze, die Einzelheiten von Verfassungsbestimmungen regeln, vgl. Kempf 1997: 124.

⁴⁰⁰ Die Mitglieder des gaullistischen RPR nahmen an der Abstimmung nicht teil.

⁴⁰¹ Als Motive für seine Entscheidung werden zum einen das Bestreben genannt, Frankreichs führende Rolle im Integrationsprozess auch nach außen hin zu dokumentieren, zum anderen jedoch auch das Kalkül, die Opposition zu spalten und so die sozialistische Regierung zu stabilisieren (Appleton 1992: 1f.). Joseph Rován bezeichnete diese Entscheidung als „geradezu unbeschreiblichen politischen Leichtsinns“ (Rován 1992: 476).

September vor allem in der Öffentlichkeit statt. Ein letzter Versuch von Deputierten, vor dem *Conseil Constitutionnel* einen Einspruch zu erwirken, scheiterte. Im Endergebnis stimmten die Franzosen am 20.9.1992 mit 51,04% für den Vertrag; das Pro-Lager konnte sich also knapp durchsetzen.⁴⁰² Am 23. September hat Frankreich den Vertrag zur Europäischen Union ratifiziert.

Die Trennlinie der beiden großen Diskursformationen verlief quer durch die drei großen Parteien der Mitte, Sozialisten (PS), Gaullisten (RPR) und Zentrum (UDF), sowie der Grünen (zu den Diskurstägern: Criddle 1993: 231ff.). In den folgenden Jahren sollte dieses Schisma das Parteiensystem weiter beschäftigen, und es kam zu Spaltungen und Vereinigungsbemühungen entlang der Diskursformationen. Lediglich die extremen Parteien, die Kommunisten (PCF) sowie der Front National votierten relativ geschlossen gegen Maastricht.⁴⁰³ Die Kommunisten wurden dabei von der Gewerkschaft CGT, linken Intellektuellen wie Max Gallo und weiteren Dissidenten der PS und RPR im *Comité pour un autre Europe* unterstützt (Appleton 1992: 8). Auf Seiten der Sozialisten (PS) gelang es Staatspräsident Mitterrand zusammen mit Europaministerin Elisabeth Guigou, Bernard Kouchner und Jack Lang, die große Mehrheit der Partei für ein ‚Ja‘ zu gewinnen. Lediglich der ehemalige Verteidigungsminister Chevènement mit einer kleinen Gruppe von ‚Links-Jakobinern‘ plädierte für eine Ablehnung des Vertrages.⁴⁰⁴ Auch die bürgerlichen Parteien der Mitte (UDF, CDS, PR) demonstrierten – vor allem aufgrund des Einsatzes von UDF-Chef Giscard – eine breite Zustimmung zum Vertrag. Nur der UDF-Politiker de Villiers zog es vor, einen *combat de valeurs* gegen Maastricht zu initiieren. Trotz seiner Isolierung in der Parteispitze gelang es ihm, viele lokale UDF-Politiker und mehr als ein Drittel der UDF-Wählerschaft auf seine Seite zu ziehen (Appleton 1992: 12; Criddle 1993: 232). Überwiegend zustimmend zu Maastricht zeigten sich die Katholische Kirche sowie die Industrie. Am tiefsten gespalten waren die Gaullisten (RPR). Zwar stimmte die Parteispitze (Chirac, Balladur) dem Vertrag eher leidenschaftslos zu, doch zwei ehemalige Minister (Séguin, Pasqua) schafften es, etwa die Hälfte der RPR-Anhänger um sich zu scharen und eine medienwirksame Gegenkampagne zu lancieren. In entscheidenden Voten, wie bspw. im Senat, zog es die gaullistische Sammlungsbewegung vor, sich der Stimme zu enthalten. Ebenfalls uneindeutig verhielt es sich mit den grünen Parteien, die eine offizielle Parteistellungnahme vermieden, da die Meinungen zu sehr divergierten (Appleton 1992: 9f.): Zwar waren ihre Führungspersönlichkeiten Antoine Waechter und Brice Lalonde für eine Ratifikation, aber die Gegenseite um Dominique Voynet und Alain Lipietz präsentierte sich auf dem Parteikongress Ende August gleich stark (Appleton 1992: 9).

⁴⁰² Die Wahlbeteiligung betrug nur 67%. Zur Auswertung der Wahl siehe: Duhamel, O. und G. Grunberg: „Référendum: les dix France“, in: *Le Monde* v. 22.9.1992, S. 1 u. 7.

⁴⁰³ Front National Chef Le Pen verstieg sich gar in der Debatte, die EG als ‚mentales AIDS‘ zu bezeichnen. zit.n. Stone 1993: 83.

⁴⁰⁴ Chevènement stand an der Spitze der Gruppe ‚*Socialisme et République*‘ innerhalb der PS, die ca. 8% der Mitglieder repräsentierte. Nach der Maastricht-Debatte trat er aus der Partei aus, um ein ‚*Mouvement des Citoyens*‘ zu gründen.

Identitätselemente und Argumentationsmuster

Die Bewahrung des Eigenen: Etat-nation-patrie

Im Diskurs spielten mehrere Identitätselemente eine Rolle, die gleichermaßen von Befürwortern wie Gegnern des Vertrages argumentativ verwendet wurden. Dies waren zum einen das Motiv der Bewahrung des Eigenen vor allem in Form der französischen *état-nation-patrie* (Larsen 1997). In verschiedenen Diskursformationen wurden jeweils eines dieser Elemente gegenüber anderen betont. So waren sich die Diskursträger einig, dass es grundsätzlich darum ging, den französischen Staat und die Nation zu erhalten. Vehement gestritten wurde indes über die Frage, wie dies am besten zu bewerkstelligen sei.⁴⁰⁵ Die Protagonisten des ‚Nein‘ vor allem unter den Gaullisten und Links-Jakobinern sahen das Vertragswerk eher als Bedrohung französischer Werte und führten den Begriff der Souveränität ins Feld, die durch Unionsbürgerschaft und Europäische Zentralbank ausgehebelt würde (Mazzucelli 1997: 224). Die verfassungsmäßigen, historischen und psychologischen Grundlagen der Nation würden in Frage gestellt (Soutou 1993b: 89).⁴⁰⁶ Die Volkssouveränität – so z.B. der Gaullist Séguin vor der AN – sei unteilbar und die Identität der Nation singular (zit.n. Höhne 1992: 116). Zudem gäbe es keinen europäischen Demos oder Ethnos (Jung 1999: 73f.), und nur ein unabhängiger, starker Nationalstaat könne den Frieden bewahren (Stone 1993: 77). Frankreich und das übrige Europa wurden dabei als getrennt und sich ausschließend konstruiert. Die Gegenseite betonte hingegen, dass die französischen Werte exportierbar seien und die EU hierfür den idealen Rahmen darstelle. Die EU erscheint in dieser Argumentation als Vehikel der französischen *mission civilisatrice* (Holm 1997: 133).

Nur in den Argumentationen einiger weniger CDS-Politiker schwang der deutsch-französische Versöhnungsgedanke als Bestandteil einer europäischen Schicksalsgemeinschaft mit (Jung 1999: 91). Die Befürworter einer weiteren Integration wie Balladur, Chirac und Juppé sahen Europa vielmehr als „*nécessité*“. Auch bei Mitterrand und dem führenden PS-Diskurs findet sich Europa weniger als ein Idealbild an sich, vielmehr stellt es den Rahmen dar, in dem sich zivilisatorische und soziale Werte manifestieren können (Clark 1992: 155; Joerißen 2001: 73-75).

Die Lager könnten auch nach ihrer verschiedenen institutionellen Europavorstellung unterschieden werden. So werden die Anhänger einer eher losen

⁴⁰⁵ Beispielhaft war hierzu die Fernsehdebatte auf TF1 zwischen Mitterrand und Séguin an der Sorbonne am 3. September, zu der auch Helmut Kohl zugeschaltet wurde, vgl. Criddle 1993.

⁴⁰⁶ Ein Beispiel: Als Europaministerin Guigou in der Debatte in der AN bemerkte, der Luxemburger Kompromiss wäre überholt, sprach Séguin von einem „*casus belli*“. Die Entrüstung war so groß, dass die Regierung sich gezwungen sah, die Äußerungen ihrer Ministerin zu dementieren (Stone 1993: 76).

Kooperation von Staaten ‚Konföderalisten‘ genannt, denen die ‚Föderalisten‘ gegenübergestellt werden (Kolboom 1993: 16; Cohen-Tanugi 1993: 37). Diese Diskursformationen hatten bereits in den 80er Jahren, vor allem in der Debatte um die Kehre in der Wirtschaftspolitik, eine Rolle gespielt (Larsen 1997: 95). Bezeichnenderweise wurden die beiden Diskursformationen – zunächst nur für die gaullistische Partei – in der Folge der Maastricht-Debatte mit den Kennwörtern ‚*souverainistes*‘ und ‚*intégrationnistes*‘ belegt.

Frankreich als Teil Markt-Europas

Ein weiteres wichtiges Element bezieht sich auf Frankreich als Teil des wirtschaftlichen Europas. In den Argumentationen geht es dabei um Fortschritt, Modernisierung und letztlich um Wohlstand, den es gleichfalls zu bewahren und zukünftig zu sichern gilt. ‚Europa‘ erscheint in dieser Argumentation als Treibriemen einer Modernisierung der Wirtschaft, aber auch der Politik (Cole 2000: 39). Dieses Element tauchte bei den Befürwortern auf, wenn sie argumentierten, dass die Währungsunion die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie stärken würde. Auch früher schon hatte dieses Element – z. B. bei der Vergemeinschaftung der Agrarpolitik oder der Wende Mitterrands in der Wirtschaftspolitik Anfang der 80er Jahre – eine Rolle gespielt (Hoffmann 1987: 301). Interessanterweise belegten auch Umfragen bei den Bürgern die Wichtigkeit dieses Motivs (Mazzucelli 1997: 219). Zudem verbessere die Wirtschaftsunion die internationale Konkurrenzfähigkeit Frankreichs und helfe, sich gegenüber den Unternehmen aus Japan und den USA zu behaupten (Höhne 1992: 119). Demgegenüber begriffen die *souverainistes* – vor allem die Kommunisten – die EWWU als Teil eines neo-liberalen, technisch-kapitalistischen Projekts der Bankiers und Konzerne, das das ökonomische System Frankreichs gefährden und zudem viele Arbeitsplätze kosten würde (Criddle 1993: 233). Auch der räumliche Bezug von ‚Europa‘ unterschied sich: Waren die große Mehrheit der UDF, der PS und die *intégrationnistes* der Gaullisten der Meinung, das EU-Europa sei der richtige Referenzpunkt für Wohlstand und Fortschritt, fand sich bei ihren Opponenten eher Pan-Europa („*la grande Europe*“) als relevante Bezugsgröße (Jung 1999: 73f., 98, 115).

Frankreich als Großmacht

Ein weiterer Kristallisationspunkt stellte der Umgang mit dem Anderen, in diesem Fall den Umgang mit Deutschland, aber auch mit den USA dar. Wie bereits im EVG-Diskurs diagnostiziert, spielt das Gleichgewichtsmotiv (*équilibre*) in französischen Debatten eine große Rolle (Larsen 1997: 123f.).⁴⁰⁷ Das Identitätselement ‚Frankreich als Teil eines Europas der Dritten Kraft‘, das den USA Paroli bieten könnte, wurde im Diskurs weitgehend konsensual

⁴⁰⁷ Pierre Hassner nennt Frankreich aus diesem Grund eine ‚revisionistische Macht‘, weil es nur die Machtverteilung des Internationalen Systems, nicht aber dessen Strukturprinzipien in Frage stelle. zit.n. Larsen 1997: 125f.

aktiviert. Von EU-Verfechtern wie Chirac, Giscard, Mitterrand über die Grünen bis hin gar zur Front Nation findet sich das Motiv, sich gegen externe Mächte behaupten zu müssen (*l'Europe puissance*). Gegner hielten dem entgegen, Europa sei ohnehin nur ein Spielzeug von US-Interessen.

Dieses Identitätselement der Dritten Kraft wurde in den Argumentationen häufig mit der Bedrohung der Nation und des Vaterlandes (*patrie*) verknüpft. Die kulturelle Hegemonie der USA („McDonaldisierung“) stelle darüber hinaus die kulturelle Einzigartigkeit Frankreichs in Frage (Ambler und Reichert 2001: 33). Auch die *intégrationnistes* nutzten einen weiteren Bezug, wenn sie argumentierten, dass der Euro ein wichtiges Gegengewicht zum Dollar sein könnte und sich die Machtverteilung der Weltwirtschaft zugunsten Europas ändern würde.

Der Euro und eine vergemeinschaftete Geld und Währungspolitik leisteten in den Augen vieler *intégrationnistes* noch mehr: Sie beendeten die Dominanz der Deutschen Bundesbank und damit die ‚Asymmetrie‘ der Geldpolitik in Europa (Buffotot 1993: 281). Überhaupt war der Umgang mit Deutschland für die Debatte von mitentscheidender Bedeutung, bildet das Motiv des Gleichgewichts doch von Beginn an einen zentralen Baustein französischer Europapolitik (Picht 1995: 181; Duchêne 1996: 28ff.). Die deutsche Wiedervereinigung und die Unsicherheit über die zukünftige deutsche Außenpolitik bildete dabei den Hintergrund der Argumentation beider Lager (Vernet 1992: 657f.). Die Diskursformationen teilten sich danach, ob Einbindung durch mehr europäische Verregelung oder die Balancierung/Eindämmung Deutschlands die erfolgversprechendere Strategie sei (Axt 1999: 468f.). Eben nicht die Integration Deutschlands in europäische Strukturen, sondern die Stärke Frankreichs und eine konsequente europäische Gleichgewichtspolitik boten in der souverainistischen Perspektive die beste Garantie gegen ein Wiedererstarken des großen Nachbarn (Höhne 1992: 116f.).

Die Diskursträger nahmen bei ihren Argumentationen gerne Zuflucht zu historischen Metaphern: Während extreme Vertragsgegner wie der Front National, aber auch der Gaullist Séguin, ein ‚Ja‘ als Kollaboration mit den Deutschen brandmarkten, warnten Befürworter wie der ehemalige Premierminister Rocard, ein ‚Nein‘ könnte ein ‚zweites München‘ heraufbeschwören (Stone 1993: 83). Selbst moderater argumentierende *intégrationnistes* wie Giscard d'Estaing sahen bei einem ‚Nein‘ immerhin noch das Risiko einer zukünftig unilateralistischeren deutschen Politik (Criddle 1993: 234f.). Deutschland könne sich dann wieder mehr Osteuropa zuwenden.⁴⁰⁸ Das Bemühen des Rapallo-Motivs bestärkte in diesem Fall eher die Integrationsstrategie. Und Chirac ergänzte, dass der Erfolg des französischen

⁴⁰⁸ So warnte der Publizist Alain Minc vor der Gefahr eines „*Saint Empire romain germanique*“ (zit.n. Höhne 1992:120).

Führungsanspruchs davon abhängen werde, ob Deutschland weiter eingebunden werden könne (Wickert 1993: 79, 81).

Zusammenfassung

Betrachtet man die Identitätselemente und die Argumentationsmuster noch einmal im Überblick, so ist Folgendes anzumerken: Das Identitätselement ‚Europa als Schicksalsgemeinschaft‘ ist schwach und tauchte nur selten und bei wenigen Diskursträgern auf. Viel bedeutender ist das Element der ‚Bewahrung der Nation‘, das nahezu konsensual aktiviert wurde. Hierbei gibt es einen kulturellen, wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Argumentationsstrang, wobei die *intégrationnistes* eher die Vorteile für Frankreich sehen und die Einflussmöglichkeiten über Europa optimistischer einschätzen als ihre Opponenten. Die verwiesen in der Debatte in Bezug auf alle drei Aspekte eher auf die Bedrohungen durch die europäische Integration. Ähnlich konsensual verhält es sich mit dem Element ‚Frankreich als Großmacht‘. Auch hierbei gingen lediglich die Meinungen darüber auseinander, welche Strategie gegenüber Deutschland die erfolversprechende sei. Bedeutung hatte zudem der Bezug zu einem ‚Europa der Dritten Kraft‘. Hierbei differierten die Meinungen, inwieweit Europa in der Lage sei, sich von den USA unabhängig zu machen. Schließlich kreisten die Argumente in wirtschaftlicher Hinsicht um die Einschätzung über Frankreichs Stellung im Binnenmarkt, der für die einen eher Modernisierungschancen bieten, für die anderen jedoch primär Wohlfahrtsverluste bedeuten würde.

Identitätselemente und Diskursformationen sind im Folgenden noch einmal grafisch zusammengefasst:⁴⁰⁹

⁴⁰⁹ Ich danke Fabrice Larat, Cathérine Guicherd und Hans Stark für Klarstellungen und Hinweise in Bezug auf die folgende Abbildung.

europäischen Schicksalsgemeinschaft' zwar präsent, aber schwach ausgeprägt. Die idealistische Diskursformation steht somit in Frankreich nach wie vor auf schwachen Füßen.⁴¹²

Ungleich prominenter wurden in beiden Diskursen ‚Frankreich als Großmacht‘ als wichtiges Identitätselement aktiviert. In den ‚realistischen‘ Argumentationen in beiden Diskursen wurden vor allem verschiedene Bedrohungen für Frankreichs Stellung im internationalen System gegeneinander abgewogen, wobei das Gleichgewichtsmotiv nahezu konsensual eingesetzt wurde. Bereits in der EVG-Debatte hatten sich die Warner vor einer Wiederbewaffnung Deutschlands gegenüber den anti-sowjetisch argumentierenden Diskursträgern letztlich durchgesetzt. Im Maastricht-Diskurs war wiederum Deutschland Dreh- und Angelpunkt der Diskussion. Abermals, und erfolgreicher als in den 50er Jahren, argumentierten die *intégrationnistes*, dass supranationale Lösungen das beste Mittel seien, Deutschland einzubinden. Geblieben ist dabei auch der Rekurs auf ein drittes Identitätselement, das ‚Europa der Dritten Kraft‘ neben der Sowjetunion bzw. Russland und den USA. Dieses Element stärkt die Argumentationsmuster des integrationistischen Lagers angesichts der unipolaren Weltordnung und einschlägiger formativer Ereignisse, die die institutionelle Schwäche Europas im Außenhandeln offenbarten. Bemerkenswert ist, dass die Bedeutung des Vereinigten Königreichs als Allianzpartner für Frankreich in den Argumentationen ab-, die Deutschlands eher zugenommen hat. Hinzu kommt, dass die neutralistische Diskursformation, die sich ehemals für eine Neutralisierung Deutschlands und einen Rückzug Europas aus der Weltpolitik ausgesprochen hatte, praktisch verschwunden ist.

Das vierte, sehr wichtige Identitätsmerkmal, ‚die Bewahrung Frankreichs‘, hatte im EVG-Diskurs an erster Stelle der gaullistischen *anti-cédistes*-Argumentation gestanden. Mit einer substantiellen Souveränitätsabgabe im Bereich der Verteidigungspolitik sei die Nation in ihren Grundfesten bedroht. Während dieses Argument damals praktisch unwidersprochen blieb, findet sich im Maastricht-Diskurs eine dezidierte Pro-Wendung des Arguments: So seien die französischen Ideale nur durch und mit der EU zu sichern und zu verbreiten. Die *souverainistes* hielten dem entgegen, dass die Eigenständigkeit und das Außergewöhnliche Frankreichs in zivilisatorischer wie kultureller Hinsicht nur in Abgrenzung zu Europa zu bewahren sei. Diese Diskursformation ist im Zeitablauf jedoch deutlich schwächer geworden, was an der Spaltung des RPR in der Maastricht-Debatte deutlich abzulesen war.⁴¹³

aktiviert werden, so wie es in den Rezeptionen der Ereignisse vom 11.9.2001 in Frankreich auch zu beobachten gewesen ist.

⁴¹² Zwar schien auch Staatspräsident Mitterrand in seinen letzten Jahren dieses Element stärker zu aktivieren („Frankreich ist unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“), im Maastricht-Diskurs hielt er sich diesbezüglich eher zurück und weder der langjährige sozialistische Premier Jospin noch Mitterrands Nachfolger Chirac haben dies fortgeführt.

⁴¹³ Die Wandlung des ehemaligen gaullistischen Premiers Jacques Chaban-Delmas kann als Beispiel dienen: War er in der EVG-Debatte noch als fester Gegner einer weitergehenden Integration in

In der Referendumsdebatte tauchte ein fünftes Identitätselement auf, das zu EVG-Zeiten naturgemäß nicht aktiviert wurde: ‚Frankreich als Teil des Markt-Europa‘. Den Pro-Maastricht-Anhängern gelang es, aus ihrer Sicht innenpolitisch notwendige Reformprojekte mit der europäischen Frage zu verknüpfen. Ihre Gegner warnten hingegen vor den Gefahren eines ‚Europa der Konzerne‘ und deuteten Modernität eher in links-progressivem Verständnis als gesellschaftliche Solidarität, die es zu sichern gelte.

Insgesamt erscheint die französische Identität bemerkenswert stabil. Dies ist besonders auffällig in Bezug auf die Identitätselemente, aber sogar bei den Argumentationsmustern finden sich große Ähnlichkeiten – für zwei Diskurse, die völlig andere Themen behandelt und vierzig Jahre auseinander liegen, ein bemerkenswerter Befund. Nach wie vor stellt die integrationsfeindliche realistische Diskursformation eine bedeutende und stabile Kraft dar. In Maastricht wurde sie jedoch durch eine integrationsfreundliche realistische (eben nicht idealistische) herausgefordert: Durch die Stärkung des Elements der Dritten Kraft, dem Exportargument nach Europa sowie dem umgekehrten Argument der Verknüpfung von europäischen mit französischen Reformprojekten gelang es, sich hauchdünn im Diskurs durchzusetzen: Ein Rückzug Frankreichs vom Projekt der europäischen Integration konnte noch einmal abgewendet, ein Stillstand des gesamten Prozesses verhindert werden.

Erscheinung getreten, so engagierte er sich mit unveränderter Grundeinstellung, aber anderer Argumentation, sehr aktiv in pro-Maastricht Aktionen (Mazzucelli 1997: 235).

Literatur: Außenpolitische Identität und historische Diskurse Frankreichs

- Ambler, John S. und Shawn M. Reichert (2001), France: Europeanism, Nationalism, and the Planned Economy, in: E.E. Zeff und E.B. Pirro (Hrsg.), The EU and the member states. Cooperation, Coordination and Compromise, Boulder/London: Lynne/Rienner, S. 29-58.
- Appleton, A. (1992), Maastricht and the French Party System: Domestic Implications of the Treaty Referendum, in: French Politics and Society 10(4), S. 1-18.
- Aron, Raymond (1956), Esquisse historique d'une grande querelle idéologique, in: Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques 80, La querelle de la C.E.D., Essais d'analyse sociologique, S. 1-23.
- Aron, Raymond und Daniel Lerner (Hrsg.) (1956), La Querelle de la C.E.D., Essais d'analyse sociologique. Cahiers de la Fondation Nationale des sciences politiques, Paris: Librairie Armand Colin.
- Axt, Heinz-Jürgen (1999), Frankreich in der Europäischen Union, in: Marieluise Christadler und Henrik Uterwedde (Hrsg.), Länderbericht Frankreich, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 464-483.
- Bjol, E. (1966), La France devant l'Europe. La politique européenne de la IV.ème République, Copenhagen: Munksgaard.
- Bozo, Frédéric (1997), La Politique étrangère de la France depuis 1945, Paris: Découverte.
- Buffotot, Patrice (1993), Le Référendum sur l'union Européenne, in: Modern & Contemporary France 1(3), S. 277-286.
- Clark, Alan (1992), François Mitterrand and the Idea of Europe. Problems of National and Transnational Identity, in: Nelson, B./Roberts, D./Veit, W. (Hrsg.), The idea of Europe, New York/Oxford: St. Martin's Press, S. 152-170.
- Cohen-Tanugi, Laurent (1993), Les perspectives institutionnelles de l'Union européennes, in: Politique Etrangère No. 1, S. 35-42.
- Cole, Alistair und H. Drake (2000), The Europeanization of the French polity: continuity, change and adaption, in: Journal of European Public Policy 7(1), S. 26-43.

- Criddle, Byron (1993), The French Referendum on the Maastricht Treaty September 1992, in: Parliamentary Affairs 46(2), S. 228-238.
- Carmoy, Guy de (1970), The Foreign policies of France 1944-1968, Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Detke, Dieter (1981), Pionier der Europäischen Integration: Robert Schuman, in: Thomas Jansen und Dieter Mahncke (Hrsg.), Persönlichkeiten der Europäischen Integration, Bonn.
- Dinan, Desmond (1994), An ever closer Union? An introduction to the European Community, Basingstoke: MacMillan.
- Duchêne, François (1996), French Motives for European Integration, in: R. Bideleux und R Taylor (Hrsg.), European Integration and disintegration, London: Routledge, S. 22-35.
- Fauvet, Jacques (1956), Naissance et mort d'un Traité, in: Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques 80(La querelle de la C.E.D.Essais d'analyse), S. 23-59.
- Fauvet, Jacques (1960), Von de Gaulle bis de Gaulle: Frankreichs 4. Republik, Tübingen: Wunderlich, Leins.
- Fries, Fabrice (1995), Les grands débats européens, Paris: Editions du Seuil.
- Fritsch-Bournazel, Renata (1991), German unification: views from Germany's neighbours, in: Wolfgang Heisenberg (Hrsg.), German Unification in European Perspective, London u.a.: Brassey's, S. 70-87.
- Fursdon, E. (1980), The European Defense Community. A History, London.
- Gerbet, Pierre (1983), La construction de l'Europe, Paris.
- Grosser, Alfred (1956), A la recherche d'une politique franco-allemande, in: Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques 80(La querelle de la C.E.D..Essais d'une analyse sociologique), S. 91-109.
- Grosser, Alfred (1986), Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München: Carl Hanser Verlag.
- Guillen, Pierre (1985), Die französische Generalität, die Aufrüstung der Bundesrepublik und die EVG, 1950-1954, in: Hans-Erich Volkman (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft: Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein, S. 125-158.

- Hoffmann, Stanley (1956), Les oraisons funèbres. Du vote du 30 août du 30 décembre 1954, in: Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques 80(La querelle de la C.E.D.), S. 59-91.
- Hoffmann, Stanley (1987), Mitterrand's Foreign Policy, or Gaullism by any other Name, in: Georghe Ross, Stanley Hoffmann und Sylvia Malzacker (Hrsg.), The Mitterrand Experiment. Continuity and Change in Modern France, Oxford: Polity Press, S. 294-305.
- Höhne, Roland (1992), Das Maastricht-Referendum. Europäische Zielsetzung und innere Machtkämpfe, in: Lendemains 68 (17. Jg.), S.114-126.
- Holm, Ulla (1997), The French Garden Is No Longer What It Used To Be, in: Knud Erik Jørgensen (Hrsg.), Reflective Approaches to European Governance, Basingstoke, London: MacMillan, S. 128-145.
- Jansen, Hans-Heinrich (1992), Großbritannien, das Scheitern der EVG und der NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland, Bochum: Brockmeyer.
- Joerßen, Britta (2001), Europa-Ideen in Deutschland und Frankreich, Magisterarbeit am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik, Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pubs/ma/index.php#liba>.
- Jung, Sabine (1999), Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft - von den Anfängen bis heute, Baden-Baden: Nomos-Verlags-Gesellschaft.
- Kassim, Hussein (1997), French autonomy and the European Union, in: Modern & Contemporary France 5(2), S. 167-180.
- Kempf, Udo (1997), Von de Gaulle bis Chirac. Das politische System Frankreichs, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kolboom, Ingo (1993), Europa denken: Frankreich in Europa, in: Ingo/Weisenfeld Kolboom, Ernst (Hrsg.), Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick, Bonn: Europa Union Verlag GmbH, S. 19-51.
- La Serre, Françoise de und Christian Lequesne (1993), France and the EU, in: Alan W. Cafruny und Glenda G. Rosenthal (Hrsg.), The State of the European Community (Vol. 2), The Maastricht Debates and State Strategies, Boulder: CO: Lynne Rienner. S.145-157.

- Larsen, Henrik (1997), Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe, London, New York: Routledge.
- Laursen, Finn und Sophie Vanhoonacker (Hrsg.) (1992), The Intergovernmental Conference on Political Union: Institutional Reforms, New Policies and International Identity of the European Community., Maastricht: European Institute of Public Administration.
- Lipgens, Walter (1984), EVG und politische Föderation, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 32, S. 637-688.
- Loth, Wilfried (1991), De Gaulle und Europa. Eine Revision, in: Historische Zeitschrift 253, S. 629-660.
- Loth, Wilfried (1995), Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Historische Zeitschrift 21(Europa im Blick der Historiker), S. 191-201.
- Maurer, Andreas (1993), Die sozialistische Partei Frankreichs und die Sicherheit Europas. Mosbach: Arbeitsgruppe Friedensforschung und Europäische Sicherheitspolitik, S. 142.
- Mazzucelli, Collette (1997), France and Germany at Maastricht: politics and negotiations to create the European Union, New York: Garland.
- Moravcsik, Andrew (1998), The Choice For Europe. Social Purpose & State Power from Messina to Maastricht, Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Noack, Paul (1977), Das Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954, Düsseldorf: Droste Verlag.
- O'Neill, Francis (1981), The French radical party and European Integration, Gower: Westmead.
- Picht, Robert (1995), Welches Europa soll es sein?, in: Frankreich Jahrbuch, S. 175-186.
- Pickles, Dorothy (1958), France. The Fourth Republik, Westport: Greenwood Press.
- Poidevin, Raymond (1985), Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse 1951-53, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.)

- Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft: Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein, S. 101-124.
- Quilliot, Roger (1972), *La S.F.I.O. et l'exercice du pouvoir 1944-1958*, Fayard: Librairie Arthème.
- Rioux (1985), Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft: Stand und Probleme der Forschung*, Boppard a. Rhein, S. 159-176.
- Rovan, Joseph (1992), Suddenly last summer, in: *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 6(Dezember), S. 467-479.
- Siegfried, André (1959), *Frankreichs Vierte Republik*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Soutou, G. (1993a), France and the German Rearmament Problem, in: R. Ahmann, A.M. Birke und M. Howard (Hrsg.), *The Quest for Stability. Problems of West European Security*, London: Oxford University Press.
- Soutou, Georges-Henri (1993b), Die Opposition gegen Maastricht - Beweggründe und Argumente nach den Erfahrungen von 1993, in: Ingo/Weisenfeld Kolboom, Ernst (Hrsg.), *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rückblick*, Bonn: Europa Union Verlag GmbH, S. 87-98.
- Stone, Alec (1993), Ratifying Maastricht. France Debates European Union, in: *French Politics and Society* 11, S. 70-88.
- Tint, Herbert (1972), *French Foreign Policy since the Second World War*, London: Weidenfeld and Nicolson.
- Vaisse, Maurice (1998), *La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958-1969*: Librairie Arthème Fayard.
- Vernet, Daniel (1992), The dilemma of French foreign policy, in: *International Affairs* 4, S. 655-664.
- Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.) (1985), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft: Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein.

- Wickert, Ulrich (1993), Hilfe - Europa wird deutsch! Was die Maastricht-Diskussion enthüllte, in: Weisenfeld, Ernst und Ingo Kolboom (Hrsg.), *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rückblick*, Bonn: Europa Union - Verlag GmbH, S. 75-87.
- Zeraffa-Dray, Danièle (1993), Le Mouvement Républicain Populaire et la construction de l'Europe, in: Gilbert Trausch (Hrsg.), *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, Baden-Baden: Nomos, S. 231-241.
- Ziebura, Gilbert (1997), *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945: Mythen und Realitäten*, Stuttgart: Neske.